

IMK KOMMENTAR

Nr. 14 · Juni 2025 · Hans-Böckler-Stiftung

ABSCHAFFUNG VON FEIERTAGEN ALS „WACHSTUMSBOOSTER“: IDEE OHNE ROBUSTES EMPIRISCHES FUNDAMENT

Sebastian Dullien, Alexander Herzog-Stein, Ulrike Stein

In der aktuellen Diskussion werden immer wieder vermeintlich einfache Lösungen zur Erhöhung von Jahresarbeitszeit und damit angeblich auch der Wirtschaftsleistung in Deutschland vorgeschlagen. Eine davon ist die Abschaffung eines oder mehrerer gesetzlicher Feiertage. Ein Blick auf die Empirie früherer Veränderungen bei der Zahl der gesetzlichen Feiertage zeigt allerdings: Die Streichung eines Feiertages verspricht mitnichten einen direkten Weg zu mehr Bruttoinlandsprodukt oder Wachstum.

Üblicherweise wird die These einer positiven wirtschaftlichen Wirkung gestrichener Feiertage mit den statistisch erhobenen Kalenderfaktoren begründet, die anzeigen, dass in Monaten mit besonders vielen Feiertagen (oder wenig Arbeitstagen, wie durch die regelmäßig kurze Monatslänge im Februar) weniger produziert wird als in anderen Monaten. So kommt etwa Schröder (2025) auf eine vermeintlich zusätzliche Wirtschaftsleistung von 5 bis

8,6 Mrd. Euro pro gestrichenem Feiertag, oder etwa 0,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Betrachtet man allerdings Episoden, in denen tatsächlich die Zahl der Feiertage verändert wurden, so kommen schnell Zweifel an dieser These auf. Aus den Daten kann man nicht folgern, dass weniger Feiertage zu mehr Wirtschaftsleistung führen. Tatsächlich haben sich Bundesländer nach der Einführung von Feiertagen in gut der Hälfte der Fälle wirtschaftlich sogar besser entwickelt als andere Bundesländer.

Für eine Analyse der Wirkung zusätzlicher oder weniger Feiertage eignen sich am besten jene Situationen, in denen in einzelnen Bundesländern gesetzliche Feiertage gestrichen oder neu eingeführt worden sind. Hier kann man im Jahr der Einführung oder Streichung die Wirtschaftsleistung dieser Länder mit jenen der Bundesrepublik insgesamt und ähnlich strukturierten (benachbarten) Bun-

desländern vergleichen und daraus Schlussfolgerungen zur Wirkung der veränderten Zahl von Feiertagen ziehen.¹

Sechs solche Episoden aus der Zeit seit 1990 eignen sich für die Untersuchung: Erstens die Abschaffung des Buß- und Bettages in allen Bundesländern außer Sachsen ab dem Jahr 1995, zweitens die einmalige Ausdehnung des Reformationstages auf alle Bundesländer 2017, drittens der erneute Wegfall in vielen Bundesländern im Folgejahr, viertens die Einführung des Internationalen Frauentages in Berlin im Jahr 2019, fünftens die Einführung des Weltkindertages in Thüringen als gesetzlicher Feiertag ebenfalls 2019 und sechstens die Einführung des Internationalen Frauentages in Mecklenburg-Vorpommern ab 2023.

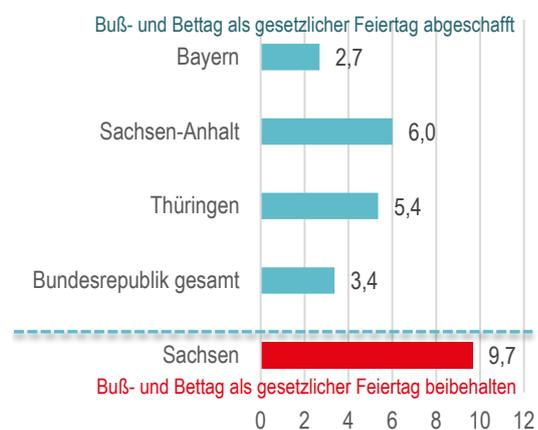
Würde die einfache Gleichung aufgehen: „Weniger Feiertage = Mehr Wirtschaftsleistung“, dann müsste man ab 1995 ein niedrigeres Bruttoinlandsprodukt in Sachsen als in anderen Bundesländern sehen, ebenso in Berlin und Thüringen ab 2019 und in Mecklenburg-Vorpommern ab 2023. 2017 müsste das Bruttoinlandsprodukt in jenen Bundesländern, die den Reformationstag erstmals als gesetzlichen Feiertag begingen, langsamer gewachsen sein als im Rest der Republik, 2018 dann in jenen Ländern stärker, wo der Reformationstag nicht mehr gesetzlicher Feiertag war.

Basis für unsere Analyse sind dabei die Daten des Statistischen Bundesamts zum jährlichen Bruttoinlandsprodukt auf Ebene der Bundesländer in nominaler Form.²

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Sachsen 1995, im Jahr der Streichung des Buß- und Bettages im Rest des Bundesgebietes (wie jedes Jahr ein Mittwoch). Tatsächlich hat sich das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr im Rest Deutschlands schwächer entwickelt als in Sachsen. Sachsen ist allerdings ein ostdeutsches Bundesland, das früher zur DDR gehörte. In den 1990er Jahren war der wirtschaftliche Aufholprozess noch in vollem Gang. Von daher wäre es plausibel, dass Sachsens Wirtschaft ohnehin schneller wächst als jene Gesamtdeutschlands und deshalb dieser Effekt die mögliche negative Wirkung eines zusätzlichen Feiertages überdeckt. Ein Vergleich mit den angrenzenden ostdeutschen Bundesländern Sachsen-Anhalt und Thüringen zeigt allerdings: Auch gegenüber diesen Bundesländern wuchs das BIP in Sachsen 1995 stärker, obwohl diese den Buß- und Bettag als Feiertag gestrichen hatten.

Abbildung 1: Buß- und Bettag

Veränderung nominales BIP, 1995 gegenüber 1994, in %



Quellen: Destatis, Berechnungen des IMK.

Hans Böckler
Stiftung

¹ Konzeptionell ähnelt dieser Ansatz der „Difference-in-Difference“-Methode, bei der untersucht wird, inwieweit Veränderungen zwischen zwei Untersuchungsobjekten sich unterscheiden, wenn eines oder ein Teil der Untersuchungsobjekte einer bestimmten (wirtschaftspolitischen) Maßnahme unterworfen wird, die anderen aber nicht.

² Die Daten zum Bruttoinlandsprodukt auf Bundesländerebene liegen leider nur in nominaler Form vor. Allerdings ist nicht plausibel, dass sich die Inflation in den von der Beibehaltung oder Einführung der Feiertage betroffenen Bundesländer signifikant anders entwickeln sollte als in anderen Bundesländern. Von daher scheint eine Verwendung dieser Daten vertretbar.

Abbildung 2: Reformationstag

Veränderung nominales BIP, 2017 gegenüber 2016, in %

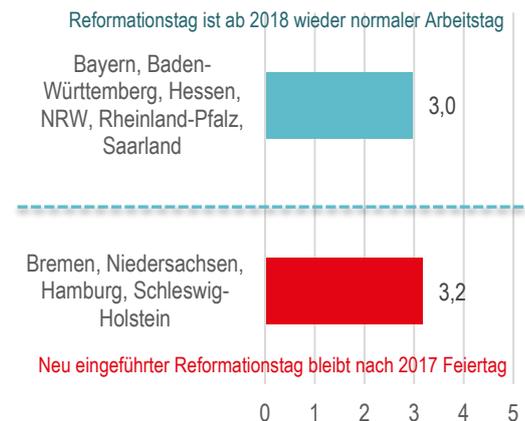


Quellen: Destatis, Berechnungen des IMK.

Hans Böckler
Stiftung

Abbildung 3: Reformationstag

Veränderung nominales BIP, 2018 gegenüber 2017, in %



Quellen: Destatis, Berechnungen des IMK.

Hans Böckler
Stiftung

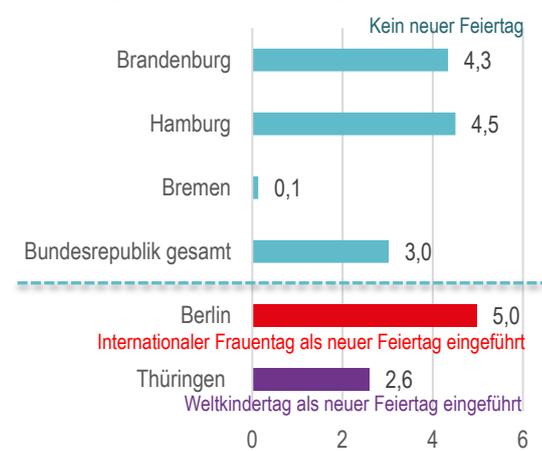
Abbildung 2 zeigt die Entwicklung der Wirtschaftsleistung 2017 in den Bundesländern, die zuvor den Reformationstag nicht als gesetzlichen Feiertag begangen hatten, diesen aber 2017 feierten, im Vergleich zu jenen (ostdeutschen) Bundesländern, in denen der Feiertag schon zuvor gesetzlich verankert war. Hier ist tatsächlich ein minimal stärkeres Wirtschaftswachstum in jenen Ländern zu verzeichnen, in denen die Zahl der gesetzlichen Feiertage 2017 nicht stieg. Allerdings zeigte der Wegfall des Feiertages im Folgejahr in den betroffenen Bundesländern keinen positiven Effekt. 2018 fiel der Feiertag in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland wieder weg. Vergleicht man das Wirtschaftswachstum in diesen Bundesländern mit jenen westdeutschen Bundesländern, die den Reformationstag als gesetzlichen Feiertag beibehielten, so hatten die Bundesländer mit Wegfall des Feiertages sogar ein minimal *schwächeres* Wirtschaftswachstum als jene, die den Feiertag dauerhaft beibehielten (Abbildung 3). Zumindest mit diesen Daten lässt sich die Befürchtung von Hansen und Meyer (2018) nicht belegen, dass die dauerhafte Einführung des Reformationstags als gesetzlichen Feiertag in den Nordländern das Bruttoinlandsprodukt um 0,12 Prozent senken könnte.

Abbildung 4 zeigt die Entwicklung der Wirtschaftsleistung in Berlin und in Thüringen 2019, im Jahr der Einführung des Internationalen Frauentags beziehungsweise des Weltkindertags als gesetzliche Feiertage (in dem Jahr waren beides Freitage). Tatsächlich entwickelte sich das Bruttoinlandsprodukt in Berlin in dem Jahr deutlich *stärker* als im Rest der Bundesrepublik. Auch im Vergleich zu den anderen beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie dem umliegenden Brandenburg wuchs das Bruttoinlandsprodukt in Berlin *stärker*, nicht schwächer, wie man eigentlich beim Glauben an einen positiven Effekt einer Feiertagsstreichung erwarten müsste. Thüringen dagegen hatte ein *etwas niedrigeres* Wachstum als der Bundesdurchschnitt.

Abbildung 5 zeigt abschließend die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Mecklenburg-Vorpommern für das Jahr 2023, als dort der Internationale Frauentag gesetzlicher Feiertag wurde (der 8. März fiel damals auf einen Mittwoch). Auch dort fiel das Wachstum 2023 höher aus als in der Bundesrepublik insgesamt und im angrenzenden Bundesland Schleswig-Holstein, allerdings etwas niedriger als in Brandenburg und Niedersachsen. Zu beachten ist hier jedoch, dass es sowohl für Niedersachsen als auch für Mecklenburg-Vorpommern 2023

Sonderfaktoren gab: In Stade wurde in dem Jahr ein LNG-Terminal fertiggebaut und in Betrieb genommen, Mecklenburg-Vorpommern war zum einen besonders negativ von der Unterbrechung der russischen Gaslieferungen durch die Nordstream-Pipelines betroffen, gleichzeitig liefen die Vorbereitungen für die Inbetriebnahme eines LNG-Terminals in Mukran 2024, die das Bruttoinlandsprodukt erhöht haben dürften. Von daher ist fraglich, wie aussagekräftig dieses Beispiel letztlich ist.

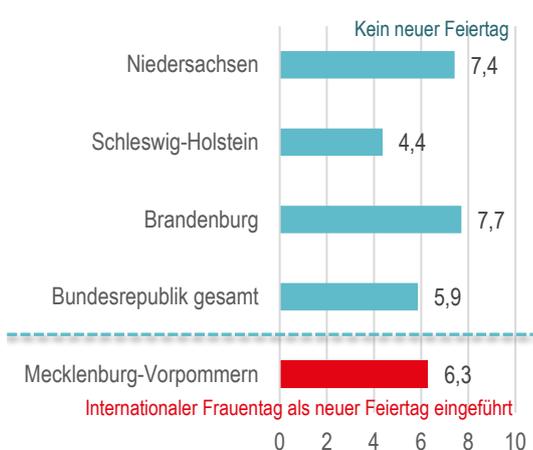
Abbildung 4: Internationaler Frauentag / Weltkindertag
Veränderung nominales BIP, 2019 gegenüber 2018, in %



Quellen: Destatis, Berechnungen des IMK.

Hans Böckler
Stiftung

Abbildung 5: Internationaler Frauentag
Veränderung nominales BIP, 2023 gegenüber 2022, in %



Quellen: Destatis, Berechnungen des IMK.

Hans Böckler
Stiftung

Woher aber kommt der – auf den ersten Blick – verwunderliche Befund, dass ein Feiertag weniger keinen klaren positiven Einfluss auf die Wirtschaftsleistung hat?

Die Erklärung ist, dass aus der einfachen Beobachtung einer höheren Produktion in Monaten mit mehr Arbeitstagen keine Kausalität von der Zahl der gesetzlichen Feiertage zur gesamtwirtschaftlichen Produktion gezogen werden kann: Unternehmen planen die Abarbeitung ihrer Aufträge so, dass diese möglichst nicht an Weihnachten oder am Ostermontag stattfindet, auch, weil an Feiertagen Zuschläge gezahlt werden und die Produktion deshalb besonders teuer wäre. Ob ohne diese Feiertage tatsächlich über das Jahr mehr produziert würde, oder ob die Produktion nur anders verteilt würde, ist unklar. So haben auch Brückentage oder die Lage der Schulferien eine messbare Korrelation mit der gemessenen Wirtschaftsleistung, Herstellung und sogar Auftragseingängen, obwohl es für die Unternehmen keinerlei Zwang gibt, ihre Produktion an diesen Tagen zu reduzieren.

Viel spricht dafür, dass – auch in Zeiten vielerorts beklagten Fachkräftemangels – die Nachfragesituation der Unternehmen der bestimmende und begrenzende Faktor für die Produktion ist. So gaben in den jüngsten Umfragen des Ifo-Instituts 36,8 Prozent der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes an, mangelnde Aufträge seien ein Hindernis für die Produktion, während nur 17,5 Prozent sagten, Personalmangel behindere die Produktion.

Hinzu kommt, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion nicht nur auf die geleistete Zahl der Arbeitsstunden zurückgeht, sondern auch Produktivität und Innovation eine wichtige Rolle spielen. Denkbar ist, dass die Beobachtung fehlender positiver Wachstumseffekte einer geringeren Zahl an Feiertagen darauf zurück-

geht, dass die geringere Erholungszeit die Produktivität senkt.

Auch ist fraglich, wie stark durch die Streichung eines Feiertages das gesamtwirtschaftliche Arbeitsangebot steigt. Das individuelle Arbeitsangebot wird dabei nicht in erster Linie durch gesetzliche Vorgaben bestimmt, sondern durch individuelle Entscheidungen. Wenn die Menschen sich derzeit ohnehin durch ihre Arbeit und andere Verpflichtungen in Familie oder Haushalt stark belastet fühlen, ist auch denkbar, dass Menschen zumindest mittel- und langfristige als Reaktion auf die Streichung des Feiertages ihr Arbeitsangebot an anderer Stelle zurückfahren, etwa durch die Verringerung der Arbeitszeit in Teilzeitstellen oder die Aufgabe eines zusätzlichen Minijobs.

So gibt es beispielsweise aus dem Gesundheits- und Pflegesektor Evidenz, dass Arbeitszeitverkürzung für Beschäftigte eine gewählte „Exit“-Strategie ist, um „... die eigene Arbeitsbelastung zu verringern und mehr Einfluss auf das Verhältnis von Arbeits- und Regenerationszeit zu gewinnen.“ (Inkinen und Schroeder 2024) Im Jahr 2021 gaben beispielsweise in einer Befragung unter Arbeitskräften in der Langzeit- und Krankenpflege 7,5 Prozent bzw. 10,2 Prozent der Befragten an, ihre Arbeitsstunden aufgrund der Belastungen in der Pandemie reduziert zu haben (Auffenberg et al. 2022).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es bei Betrachtung konkreter Veränderungen der Zahl der gesetzlichen Feiertage in Deutschland keine empirische Evidenz für eine positive ökonomische Wirkung der Streichung von Feiertagen gibt. Die Forderung nach einem solchen Schritt zur Wachstumsförderung ist deshalb nicht zielführend.

Literatur

Auffenberg, J. / Becka, D. / Evans, M. / Kokott, N. / Schleicher, S. / Braun, E. (2022): „Ich pflege wieder, wenn ...“ - Potenzialanalyse zur Berufsrückkehr und Arbeitszeitaufstockung von Pflegefachkräften (Kurzfassung). Ein Kooperationsprojekt der Arbeitnehmerkammer Bremen, des Instituts Arbeit und Technik Gelsenkirchen und der Arbeitskammer des Saarlandes.

Hansen, A. / Meyer, D. (2018): Wie viel kosten uns die arbeitsfreien Feiertage? Zur Einführung eines weiteren Feiertages in den nördlichen Bundesländern. In: ifo Schnelldienst 6/2018, 71. Jahrgang, S. 18-23.

Inkinen, S. / Schroeder, W. (2024): Pflege-notstand in der Altenpflege: Exit, Voice und Loyalty. In: WSI-Mitteilungen, 77. Jahrgang, 3, S. 210-218.

Schröder, C. (2025): Feiertag abschaffen: Ein zusätzlicher Arbeitstag bringt bis zu 8,6 Milliarden Euro. IW-Nachricht, 19.3.2025.

Autorenkontakt

Prof. Dr. Sebastian Dullien
sebastian-dullien@boeckler.de

Prof. Alexander Herzog-Stein, PhD
alexander-herzog-stein@boeckler.de

Ulrike Stein, PhD
ulrike-stein@boeckler.de

Impressum

IMK

Institut für Makroökonomie
und Konjunkturforschung

Herausgeber:

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf
Telefon +49 211 7778-312
imk-publikationen@boeckler.de

Pressekontakt: Rainer Jung

Telefon +49 211 7778-150

Der IMK Kommentar ist als unregelmäßig erscheinende Online-Publikation erhältlich über <https://www.imk-boeckler.de/de/imk-kommentar-29977.htm>

ISSN 2702-9786

Folgen Sie uns auf Bluesky:

<https://bsky.app/profile/imkinstitut.bsky.social>

IMK auf Facebook:

<https://www.facebook.com/IMKInstitut>

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (BY).

